

**Evangelische Volkspartei der Schweiz**

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Sozialversicherung  
Alters- und Hinterlassenenvorsorge  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

25. Oktober 2006

**Strukturreform in der beruflichen Vorsorge – Bericht des Bundesrates – Massnahmen für ältere Arbeitnehmende**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen.

**1. Vorbemerkungen**

Wir teilen die im Bericht des Bundesrates geäusserte Meinung, dass zwischen den Pensionskassen und den Lebensversicherungen erhebliche Unterschiede bestehen. Eine Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen und der Vorschriften hätte massive Auswirkungen auf das heutige System der beruflichen Vorsorge in der Schweiz und wäre kaum im Interesse der Versicherten.

Wir teilen auch die Beurteilung, dass – entgegen der ursprünglichen Absicht – das BVG heute kein Rahmengesetz mehr ist, sondern sehr detaillierte und komplizierte Regelungen enthält, welche den Gestaltungsspielraum der Führungsorgane teilweise stark einschränken (Bericht S. 6). Bei jeder weiteren Entwicklung der Regulierung ist deshalb darauf zu achten, die Rahmenbedingungen nicht noch komplizierter, unübersichtlicher und damit auch widersprüchlicher zu gestalten.

**2. Neustrukturierung der Aufsicht**

Die vorgeschlagene Neustrukturierung der Aufsicht über die berufliche Vorsorge mit einer Entflechtung der direkten Aufsicht und der Oberaufsicht scheint uns sinnvoll. Ebenso sind wir damit einverstanden, dass inskünftig nicht mehr der Bundesrat – der de facto diese Aufgabe ja ohnehin nicht selbst wahrnehmen konnte – sondern eine unabhängige Kommission für die Oberaufsicht zuständig ist.

*Allerdings ist zu vermeiden, dass mit der vorgesehenen Weisungsbefugnis der Oberaufsicht eine weitere Ebene mit noch umfassenderen, komplizierteren und den Gestaltungsspielraum weiter einengenden Regulierungen geschaffen wird.*

### **3. Präzisierung der Aufgaben der Führungs- und Kontrollorgane**

*Wir sind ebenfalls einverstanden, dass die Aufgaben der Führungs- und der Kontrollorgane sowie des Versicherungsexperten konkretisiert und präzisiert und damit die Verantwortlichkeiten klar festgelegt werden.*

### **4. Kosten und Gesamtwürdigung**

*Wir sind grundsätzlich damit einverstanden, dass inskünftig nicht nur die direkte Aufsicht, sondern auch die Oberaufsicht durch Gebühren und damit letztlich durch die Versicherten selbst finanziert wird. Damit werden die Kosten der staatlichen Aufsicht transparent erfasst. Die Mehrkosten für die Oberaufsicht fallen gegenüber heute wohl nicht ins Gewicht.*

*Dagegen wird im Bericht zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mehrkosten für die Oberaufsicht nur einen kleinen Teil der effektiven Mehrkosten der Vorlage ausmachen werden. Die durch die Vorlage verstärkte Tendenz in Richtung Professionalisierung wird bei den Vorsorgeeinrichtungen selbst zu deutlichen Mehrkosten führen: Auf verschiedenen Stufen werden zusätzliche Abklärungen, Berichte und Bestätigungen verlangt. Dies führt zum weiter gestiegenen Beizug von externen – teuren – Experten. Auch diese Kosten müssen letztlich die Versicherten tragen.*

*Entscheidend wird deshalb die Umsetzung der neuen Vorschriften in der Praxis sein. Die im Grundsatz sinnvollen neuen Regelungen dürfen nicht zu einer zusätzlichen Bürokratisierung der beruflichen Vorsorge mit hohen Mehrkosten, aber unter dem Strich wenig zusätzlichem Nutzen für die Versicherten führen.*

*Es ist zu hoffen, dass eine Verbesserung der Aufsicht über die Pensionskasse den einen oder anderen „Betriebsunfall“ vermeiden kann. Für eine bessere Systemstabilität sind aber davon keine Wunder zu erwarten. Die für die längerfristige Stabilität des Systems wichtigen Parameter wie Mindestzins und Umwandlungssatz sollen auch weiterhin auf politischer Ebene festgelegt werden. Auch kann eine noch so gute und ausgebaute staatliche Aufsicht nicht verhindern, dass sich eine ungünstige Entwicklung der Finanzmärkte oder der Wirtschaft negativ auf die Pensionskassen auswirken wird.*

### **5. Massnahmen für ältere Arbeitnehmende**

*Wir begrüssen die Absicht, angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung die Partizipation der älteren Erwerbstätigen am Arbeitsmarkt zu erleichtern oder zumindest nicht mehr zu erschweren. Eine Flexibilisierung des Rücktrittsalters nach oben, die Möglichkeit der Weiterversicherung des früheren Lohnniveaus bei einer Reduktion des Einkommens sowie die Weiterführung der beruflichen Vorsorge nach Erreichen des AHV-Alters sind wichtige Schritte in diese Richtung. Ältere Erwerbstätige, die dies wollen und auch können, sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Berufstätigkeit flexibler zu gestalten.*


*Allerdings scheinen uns die vorgeschlagenen Lockerungen insbesondere im zweiten und dritten Punkt eher bescheiden oder sogar ausgesprochen kleinlich. Es ist offensichtlich, dass die Minimierung möglicher Steuerausfälle – wie bereits bei der letzten BVG-Revision – für die*

*„Väter“ dieses Vorschlags offenbar mindestens ebenso wichtig ist wie die Partizipation der älteren Erwerbstätigen am Arbeitsmarkt. Dabei führt letzteres ja zu einer höheren Beschäftigung und damit auch zu höheren Steuereinnahmen.*

*Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.*

*Freundliche Grüsse*

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



*Parteipräsident und Nationalrat*  
*Dr. Ruedi Aeschbacher*



*Generalsekretär*  
*Joel Blunier*